

Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

Bildung

(Lfd.-Nr. 1043)

Antrag Nr. 30/II/08
KDV Neukölln

Stand: 13.10.2008

Schule und Schulpflicht Grundstein der gesellschaftlichen Integration

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 **1. Gesellschaftliche Verhältnisse und Bildungsferne**

3 Die Bundesrepublik Deutschland wendet jährlich fast 30 %
4 ihres Bruttoinlandsproduktes für Sozialleistungen auf. Nur Dä-
5 nemark, Schweden und Frankreich liegen vor uns. Bei den fa-
6 milienpolitischen Leistungen ist es ähnlich. Während Deutsch-
7 land 3 % des Bruttosozialproduktes in diesem Bereich inves-
8 tiert, liegt der Schnitt aller OECD-Staaten zwischen 2,0 und
9 2,4 %.

10
11 Trotz dieser enormen finanziellen Anstrengungen bleibt der
12 Erfolg aus. Bei den familienpolitischen Indikatoren wie Gebur-
13 tenraten, Betreuungsdienstleistung für Kinder, Kinderarmut,
14 Einkommensgerechtigkeit und Bildungsentwicklung der Kinder
15 nimmt Deutschland vor Korea und der Slowakei den drittletz-
16 ten Platz unter allen OECD-Staaten ein. Obwohl andere Staaten
17 weniger Geld aufwenden, sind sie im Mitteleinsatz effektiver
18 und nachhaltig wirkungsvoller. Dies hat seine Ursache darin,
19 dass in Deutschland nur zwischen 20 bis 25 % der gesamten
20 Aufwendungen auf Dienstleistungen, also die institutionelle
21 Förderung der Familien entfallen, während es in den erfolgrei-
22 chen Ländern 40 bis 50 % sind.

23
24 Die Sozialindikatoren verhalten sich nicht anders. Das Ausein-
25 anderdriften der gesellschaftlichen Schichten nimmt zu, der
26 Anteil marginalisierter Gruppen steigt und eine Verstetigung,
27 ja sogar der Aufwuchs der Unterschichtmilieus ist nicht zu
28 übersehen. Die aktuelle Studie Monitoring soziale Stadtent-
29 wicklung 2007 spricht von immer mehr Menschen mit immer
30 mehr Problemen in fest gefügten Gebieten gegenüber Gebie-
31 ten mit Menschen mit immer weniger Problemen. „Es gibt in
32 Berlin eine gesplante Kindheit“, formuliert die Studie. Betrof-
33 fen hiervon sind insbesondere die Regionen, die von starker
34 Migration geprägt sind, weil gerade die zugezogene Landbe-
35 völkerung den bildungsfernen Schichten zugerechnet werden
36 muss.

37
38 Stadtgebiete, in denen der Bevölkerungsanteil mit Menschen
39 in prekären Lebenslagen das öffentliche, institutionelle und
40 soziale Leben bestimmt, nennt das Sozialmonitoring Gebiete
41 mit sozialer Ausgrenzungstendenz. In Neukölln ist dies der Be-
42 reich vom Hermannplatz bis zum Teltowkanal: ein geschlosse-
43 nes Gebiet mit 150.000 Einwohnern. Hierfür gibt es weder in
44 Berlin noch in Deutschland eine Parallele. Die Folgen sind der
45 höchste Anteil an Bedarfsgemeinschaften des SGB II je 1.000
46 Einwohner und die höchste Verschuldungsquote der Bevölke-
47 rung Deutschlands, wie auch unrühmliche Spitzenwerte Ber-
48 lins bei den Schulabgängern ohne qualifizierten Abschluss oder
49 den jugendlichen Serienstraftätern.

50
51 Das Schlüsselwort heißt Bildungsferne. Sie beginnt im Eltern-
52 haus, setzt sich über mangelhafte oder nicht stattfindende
53 frühkindliche und vorschulische Erziehung fort, stabilisiert sich
54 mit unregelmäßigem und nachlässigem Schulbesuch. Die Ver-
55 mittlung und Aufnahme von Normen und Werten bleibt man-

Beschluß des Landesparteitages

Schule und Schulpflicht - Grundstein der gesellschaftlichen Integration

1. Gesellschaftliche Verhältnisse und Bildungsferne

Die Bundesrepublik Deutschland wendet jährlich fast 30 % ihres Bruttoinlandsproduktes für Sozialleistungen auf. Nur Dänemark, Schweden und Frankreich liegen vor uns. Bei den familienpolitischen Leistungen ist es ähnlich. Während Deutschland 3 % des Bruttosozialproduktes in diesem Bereich investiert, liegt der Schnitt aller OECD-Staaten zwischen 2,0 und 2,4 %.

Trotz dieser enormen finanziellen Anstrengungen bleibt der Erfolg aus. Bei den familienpolitischen Indikatoren wie Geburtenraten, Betreuungsdienstleistung für Kinder, Kinderarmut, Einkommensgerechtigkeit und Bildungsentwicklung der Kinder nimmt Deutschland vor Korea und der Slowakei den drittletzten Platz unter allen OECD-Staaten ein. Obwohl andere Staaten weniger Geld aufwenden, sind sie im Mitteleinsatz effektiver und nachhaltig wirkungsvoller. Dies hat seine Ursache darin, dass in Deutschland nur zwischen 20 bis 25 % der gesamten Aufwendungen auf Dienstleistungen, also die institutionelle Förderung der Familien entfallen, während es in den erfolgreichen Ländern 40 bis 50 % sind.

Die Sozialindikatoren verhalten sich nicht anders. Das Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Schichten nimmt zu, der Anteil marginalisierter Gruppen steigt und eine Verstetigung, ja sogar der Aufwuchs der Unterschichtmilieus ist nicht zu übersehen. Die aktuelle Studie Monitoring soziale Stadtentwicklung 2007 spricht von immer mehr Menschen mit immer mehr Problemen in fest gefügten Gebieten gegenüber Gebieten mit Menschen mit immer weniger Problemen. „Es gibt in Berlin eine gesplante Kindheit“, formuliert die Studie. Betroffen hiervon sind insbesondere die Regionen, die von starker Migration geprägt sind.

Stadtgebiete, in denen der Bevölkerungsanteil mit Menschen in prekären Lebenslagen das öffentliche, institutionelle und soziale Leben bestimmt, nennt das Sozialmonitoring Gebiete mit sozialer Ausgrenzungstendenz. In Neukölln ist dies der Bereich vom Hermannplatz bis zum Teltowkanal: ein geschlossenes Gebiet mit 150.000 Einwohnern. Hierfür gibt es weder in Berlin noch in Deutschland eine Parallele. Die Folgen sind der höchste Anteil an Bedarfsgemeinschaften des SGB II je 1.000 Einwohner und die höchste Verschuldungsquote der Bevölkerung Deutschlands, wie auch unrühmliche Spitzenwerte Berlins bei den Schulabgängern ohne qualifizierten Abschluss oder den jugendlichen Serienstraftätern.

Das Schlüsselwort heißt Bildungsferne. Sie beginnt im Elternhaus, setzt sich über mangelhafte oder nicht stattfindende frühkindliche und vorschulische Erziehung fort, stabilisiert sich mit unregelmäßigem und nachlässigem Schulbesuch. Die Vermittlung und Aufnahme von Normen und Werten bleibt mangelhaft. Als Folge machen

Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

56 gelhaft. Als Folge machen fehlende Berufsausbildung und
57 Langzeitarbeitslosigkeit das Sozialsystem zur alleinigen Le-
58 bensgrundlage, die normenartig prägend auf die Kinder über-
59 tragen wird.

60

61 **2. Schule als gesellschaftlicher Reparaturbetrieb**

62 Die politische und gesellschaftliche Diskussion im vergangenen
63 Jahr war und ist von bildungs- und jugendpolitischen Themen
64 bestimmt. Wann immer die großen Themen der Integration,
65 der Lebenschancen von Jugendlichen, aber auch der Jugendkri-
66 minalität und der Jugendgewalt aufgegriffen werden, wird der
67 Schule bzw. dem Bildungssystem vom Kindergarten aufwärts
68 eine Schlüsselrolle zugewiesen. Es gilt die Grundannahme, dass
69 die Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Verhaltensauffäl-
70 ligkeiten zum großen Teil entweder an der Integration ihrer
71 Kinder desinteressiert oder mit ihrem Erziehungsauftrag über-
72 fordert sind. Also wachsen die Ansprüche an das Bildungssys-
73 tem. Die Schule soll reparieren, woran die Familie gescheitert
74 ist.

75

76 Nicht erst die Pisa-Studie belegt, dass auch die Schule mit die-
77 ser Erwartung überfordert ist. Bei einer großen Zahl normal
78 begabter Jugendlicher gelingt es der Schule nicht, die Voraus-
79 setzungen für einen erfolgreichen Einstieg in Ausbildung und
80 Beruf zu schaffen. Hauptleidtragende sind Jugendliche mit Mi-
81 grationshintergrund. Sie sind an Gymnasien mit landesweit
82 unter 20 % unterrepräsentiert und an Hauptschulen überre-
83 präsentiert (Beispiel Neukölln: 74 %). Weniger als 5 Prozent von
84 ihnen gelingt es, nach der Schule einen betrieblichen Ausbil-
85 dungsplatz zu finden.

86

87 Sozialdemokratische Politik muss diese Zahlen als Ausweis
88 eines eklatanten gesellschaftlichen Versagens erkennen. Inte-
89 gration ist zuerst ökonomische Integration. Ein Bildungssys-
90 tem, das eine Negativauslese in die sozialen Sicherungssys-
91 teme zum Ergebnis hat, ist Verrat an der Zukunft. Bildung
92 muss emanzipatorisch wirken. Sie muss wieder zur Schwung-
93 feder gesellschaftlicher Teilhabe werden und die Menschen
94 befähigen, sich aus einer „sedativen Transferlogik“ (Andrea
95 Nahles) zu lösen. Mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung, der
96 Absenkung von Klassenfrequenzen und dem Einstieg in die
97 Gemeinschaftsschule sind erste Schritte getan. Weitere müs-
98 sen folgen. Das Leuchtturm-Projekt Campus Rütli kann einer
99 modernen Bildungspolitik den Weg weisen.

100

101 Die Fähigkeit der Schule, Kinder und Jugendliche auf ihren Le-
102 bensweg vorzubereiten, wird durch Schulverweigerung zu-
103 sätzlich gefährdet. Schulverweigerung ist nicht nur illegal.
104 Sondern sie führt dazu, dass gerade diejenigen, die gezielte
105 Förderung am nötigsten brauchen, nicht erreicht werden.
106 Schulverweigerung ist ein besonders deutliches Warnzeichen
107 für drohende Desintegration. Nicht jeder Schulverweigerer
108 wird kriminell. Aber alle Intensivtäter Berlins haben ihre krimi-
109 nelle Karriere als Schulverweigerer begonnen. Schulverweige-
110 rung ist deshalb mehr als ein Problem für den gesellschaftli-
111 chen Entwicklungsprozess, der von Schulen ausgehen soll. Der
112 Kampf gegen Schulverweigerung ist auch ein entscheidender
113 Beitrag zur Kriminalprävention und damit zum präventiven
114 Opferschutz.

115

116

fehlende Berufsausbildung und Langzeitarbeitslosigkeit
das Sozialsystem zur alleinigen Lebensgrundlage, die nor-
menartig prägend auf die Kinder übertragen wird.

2. Schule als gesellschaftlicher Reparaturbetrieb

Die politische und gesellschaftliche Diskussion im ver-
gangenen Jahr war und ist von bildungs- und jugendpoli-
tischen Themen bestimmt. Wann immer die großen The-
men der Integration, der Lebenschancen von Jugendli-
chen, aber auch der Jugendkriminalität und der Jugend-
gewalt aufgegriffen werden, wird der Schule bzw. dem
Bildungssystem vom Kindergarten aufwärts eine Schlüs-
selrolle zugewiesen. Es gilt die Grundannahme, dass die
Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Verhaltensauffäl-
ligkeiten zum großen Teil entweder an der Integration
ihrer Kinder desinteressiert oder mit ihrem Erziehungs-
auftrag überfordert sind. Also wachsen die Ansprüche an
das Bildungssystem. Die Schule soll reparieren, woran die
Familie gescheitert ist.

Nicht erst die Pisa-Studie belegt, dass auch die Schule mit
dieser Erwartung überfordert ist. Bei einer großen Zahl
normal begabter Jugendlicher gelingt es der Schule nicht,
die Voraussetzun-gen für einen erfolgreichen Einstieg in
Ausbildung und Beruf zu schaffen. Hauptleidtragende
sind Jugendliche mit Migrationshintergrund. Sie sind an
Gymnasien mit landesweit unter 20 % unterrepräsentiert
und an Hauptschulen überrepräsentiert (Beispiel Neu-
kölln: 74 %). Weniger als 5 Prozent von ihnen gelingt es,
nach der Schule einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu
finden.

Sozialdemokratische Politik muss diese Zahlen als Aus-
weis eines eklatanten gesellschaftlichen Versagens er-
kennen. Integration ist zuerst ökonomische Integration.
Ein Bildungssystem, das eine Negativauslese in die sozia-
len Sicherungssysteme zum Ergebnis hat, ist Verrat an der
Zukunft. Bildung muss emanzipatorisch wirken. Sie muss
wieder zur Schwungfeder gesellschaftli-cher Teilhabe
werden und die Menschen befähigen, sich aus einer „se-
dativen Transferlogik“ (Andrea Nahles) zu lösen. Mit dem
Ausbau der Ganztagsbetreuung, der Absenkung von Klas-
senfrequenzen und dem Einstieg in die Gemein-
schaftsschule sind erste Schritte getan. Weitere müssen
folgen. Das Leuchtturm-Projekt Campus Rütli kann einer
modernen Bildungspolitik den Weg weisen.

Die Fähigkeit der Schule, Kinder und Jugendliche auf ihren
Lebensweg vorzubereiten, wird durch Schulverweigerung
zusätzlich gefährdet. Schulverweigerung ist nicht nur ille-
gal. Sondern sie führt dazu, dass gerade diejenigen, die
gezielte Förderung am nötigsten brauchen, nicht erreicht
werden. Schulverweigerung ist ein besonders deutliches
Warnzeichen für drohende Desintegration. Nicht jeder
Schulverweigerer wird kriminell. Aber alle Intensivtäter
Berlins haben ihre kriminelle Karriere als Schulverweige-
rer begonnen. Schulverweigerung ist deshalb mehr als ein
Problem für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess,
der von Schulen ausgehen soll. Der Kampf gegen Schul-
verweigerung ist auch ein entscheidender Beitrag zur Kri-

Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

117 Dabei wäre es falsch, Schulverweigerung als eine begrenzte
118 Fehlentwicklung zu betrachten, die als Einzeltatbestand effek-
119 tiv bekämpft werden kann. Schulverweigerung ist ein Sym-
120 ptom für gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklungen: für die
121 Unfähigkeit des Bildungssystems, einem Teil der Jugendlichen
122 Perspektiven aufzuzeigen, für die Unfähigkeit der Wirtschaft,
123 diese Jugendlichen als Arbeitskräfte aufzunehmen, für das
124 Fehlen emanzipierter, auf eigenen Füßen stehender Vorbilder
125 in der Elterngeneration, für die Ratlosigkeit, die Bequemlichkeit
126 oder sogar die Bildungsfeindlichkeit von Eltern, die ihre Kinder
127 nicht zum Schulbesuch anhalten, für die viel zu oft mangelnde
128 Bereitschaft staatlicher Autorität (Schule, Schulamt, Jugend-
129 amt, Gerichte), die selbst definierten Regeln durchzusetzen.

130

131 3. Problembewusstsein ist vorhanden

132 Dabei hat das Land Berlin den Handlungsbedarf erkannt. Erg-
133 änzend zur Arbeit der von der Jugendhilfe bestellten Famili-
134 enhelfer, arbeiten viele Schulen mit Freien Trägern zusammen,
135 die Schulverweigerer direkt ansprechen und zu Hause aufsu-
136 chen. Das neue Schulgesetz hat das in Neukölln entwickelte
137 Verfahren, Schulverweigerer ggf. von der Polizei zuführen zu
138 lassen, landesweit verbindlich gemacht. Die erkennbare Di-
139 stanz der Polizei gegenüber dieser Ordnungsaufgabe ist aller-
140 dings nicht hilfreich. Dass mit der polizeilichen Abholung und
141 Zuführung auch negative Aufmerksamkeit von Seiten Dritter
142 verbunden ist, wird als zusätzlicher erzieherischer Effekt
143 durchaus billigend in Kauf genommen. Zur Abwicklung von
144 Bußgeldverfahren nach Schulversäumnisanzeigen hat das
145 Amtsgericht Tiergarten die Zuständigkeit von den Verkehrs-
146 auf die Jugenddezernate übertragen, deren Richterschaft die
147 Gefährdung von Kindern und Jugendlichen in bereits gerichts-
148 bekannten Familien und damit die Notwendigkeit einer frühen
149 und entschiedenen Intervention wesentlich besser einschätzen
150 kann.

151

152 4. Grundproblem nicht gelöst

153 Trotz dieser Fortschritte ist das Grundproblem nicht gelöst.
154 Hartnäckige Schulverweigerung gibt es in Einzelfällen an allen
155 Schultypen. An Grundschulen aber ist sie ein besonders wichti-
156 ges Warnzeichen. Z.B. gehören an den Grundschulen im Nor-
157 den Neuköllns insgesamt knapp hundert Kinder zu der gefähr-
158 deten Gruppe häufiger oder hartnäckiger Schulverweigerer. An
159 Hauptschulen sind es bis zu 20 % der Schülerinnen und Schüler,
160 die entweder nur teilweise oder gar nicht am Unterricht teil-
161 nehmen. Dabei sind die Erscheinungsformen der Schulverwei-
162 gerung fließend. Zwischen regelmäßigem Zuspätkommen und
163 dem vollständigen Fernbleiben sind alle Zwischenstufen der
164 Abwesenheit verbreitet.

165

166 Es liegt auf der Hand, dass die Häufigkeit von Schulverweige-
167 rung an Hauptschulen in der sozialen Zusammensetzung der
168 Schülerschaft und in den besonderen Problemen dieses Schul-
169 typs mit begründet ist. An manchen Hauptschulen sind bis zu
170 95 % der Schülerinnen und Schüler von der Lernmittel-Zuzah-
171 lung befreit. Das heißt, dass nur eine verschwindend kleine
172 Minderheit in Haushalten aufwächst, in denen die Elterngene-
173 ration über ein Erwerbs-einkommen verfügt. Gleichzeitig ge-
174 lingt es Hauptschülern nur in seltenen Ausnahmen, von der
175 Schule direkt in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis über-
176 zugehen - und das obwohl die IHK in ihrem Jahresbericht für
177

minalprävention und damit zum präventiven Opfer-
schutz.

Dabei wäre es falsch, Schulverweigerung als eine be-
grenzte Fehlentwicklung zu betrachten, die als Einzeltat-
bestand effektiv bekämpft werden kann. Schulverweige-
rung ist ein Symptom für gesamtgesellschaftliche Fehl-
entwicklungen: für die Unfähigkeit des Bildungssystems,
einem Teil der Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen, für
die Unfähigkeit der Wirtschaft, diese Jugendlichen als Ar-
beitskräfte aufzunehmen, für das Fehlen emanzipierter,
auf eigenen Füßen stehender Vorbilder in der Elterngene-
ration, für die Ratlosigkeit, die Bequemlichkeit oder sogar
die Bildungsfeindlichkeit von Eltern, die ihre Kinder nicht
zum Schulbesuch anhalten, für die viel zu oft mangelnde
Bereitschaft staatlicher Autorität (Schule, Schulamt, Ju-
gendamt, Gerichte), die selbst definierten Regeln durch-
zusetzen.

3. Problembewusstsein ist vorhanden

Dabei hat das Land Berlin den Handlungsbedarf erkannt.
Ergänzend zur Arbeit der von der Jugendhilfe bestellten
Familienhelfer, arbeiten viele Schulen mit Freien Trägern
zusammen, die Schulverweigerer direkt ansprechen und
zu Hause aufsuchen. Das neue Schulgesetz hat das in
Neukölln entwickelte Verfahren, Schulverweigerer ggf.
von der Polizei zuführen zu lassen, landesweit verbindlich
gemacht. Die erkennbare Distanz der Polizei gegenüber
dieser Ordnungsaufgabe ist allerdings nicht hilfreich.
Dass mit der polizeilichen Abholung und Zuführung auch
negative Aufmerksamkeit von Seiten Dritter verbunden
ist, wird als zusätzlicher erzieherischer Effekt durchaus
billigend in Kauf genommen. Zur Abwicklung von Buß-
geldverfahren nach Schulversäumnisanzeigen hat das
Amtsgericht Tiergarten die Zuständigkeit von den Ver-
kehrs- auf die Jugenddezernate übertragen, deren
Richterschaft die Gefährdung von Kindern und Ju-gendli-
chen in bereits gerichts-bekanntem Familien und damit die
Notwendigkeit einer frühen und entschiedenen Interven-
tion wesentlich besser einschätzen kann.

4. Grundproblem nicht gelöst

Trotz dieser Fortschritte ist das Grundproblem nicht ge-
löst. Hartnäckige Schulverweigerung gibt es in Einzelfäl-
len an allen Schultypen. An Grundschulen aber ist sie ein
besonders wichti-ges Warnzeichen. Z.B. gehören an den
Grundschulen im Norden Neuköllns insgesamt knapp
hundert Kinder zu der gefährdeten Gruppe häufiger oder
hartnäckiger Schulverweigerer. An Hauptschulen sind es
bis zu 20 % der Schülerinnen und Schüler, die entweder
nur teilweise oder gar nicht am Unterricht teilnehmen.
Dabei sind die Erscheinungsformen der Schulverweige-
rung fließend. Zwischen regelmäßigem Zuspätkommen
und dem vollständigen Fernbleiben sind alle Zwischen-
stufen der Abwesenheit verbreitet.

Es liegt auf der Hand, dass die Häufigkeit von Schulver-
weigerung an Hauptschulen in der sozialen Zusammen-
setzung der Schülerschaft und in den besonderen Proble-
men dieses Schultyps mit begründet ist. An manchen
Hauptschulen sind bis zu 95 % der Schülerinnen und

Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

178 2007 bereits für eine Reihe von Branchen einen Mangel an
179 Auszubildenden prognostiziert.

180

181 Die Hauptschule, die von den meisten Eltern, Schülerinnen und
182 Schülern als Durchgangsstation auf dem Weg zu einem Dasein
183 als Leistungsempfänger betrachtet wird, hat weniger Möglich-
184 keiten, Bildungs- und Leistungsbereitschaft zu wecken und zu
185 erhalten. Niemand kann sich darüber wundern, dass gefähr-
186 dete Jugendliche darauf auch mit Verweigerung reagieren.
187 Dennoch kommt es (wenn auch in geringerem Umfang) auch
188 an Realschulen und Gymnasien zu Schulverweigerung.

189

190 **5. Maßnahmen und Forderungen**

191 Das Massenphänomen Schulverweigerung ist durch eine bloße
192 Verstärkung von Kontrolle und Repression nicht in den Griff zu
193 bekommen. Eine Strategie gegen Schulverweigerung muss
194 auch die Qualität von Schule, die Einbeziehung der Eltern und
195 die Lebenschancen der Schülerinnen und Schüler ebenso in den
196 Blick nehmen. Die Berliner SPD fordert deshalb ein „Landespro-
197 gramm zur Durchsetzung der Schulpflicht“, das sich auf drei
198 Säulen stützt: Qualität, Prävention und Konsequenz.

199

200 Säule 1: Qualitätsoffensive

201 Die durch das neue Schulgesetz und den Aufbau von Ganztags-
202 Grundschulen begonnene Qualitätsoffensive muss fort-
203 gesetzt und verstärkt werden. Wir fordern:

- 204 • die schnellstmögliche Einführung der Gemeinschaftsschule,
205 wobei als erster Schritt die Hauptschule abzuschaffen ist,
206
- 207 • den Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen, beginnend
208 in sozial besonders belasteten Stadtteilen,
- 209 • die Entwicklung von geeigneten Ganztags-Angeboten
210 (auch in Zusammenarbeit mit freien Trägern) zur gezielten
211 Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die zuhause
212 keine geeignete Arbeitsumgebung finden,
- 213 • die Stärkung der Sozialraum-Orientierung der Schulen,
- 214 • Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern in zielgruppe-
215 norientierter Didaktik und im Umgang mit Schulverweiger-
216 ern,
- 217 • mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund
218 in stark von Einwanderung geprägten Stadtteilen,
- 219 • Einführung von Elternkursen in der Schule mit dem Ziel,
220 dass Eltern ihr Kind besser unterstützen, und
- 221 • die weitere Verbesserung der Betreuungssituation durch
222 „Doppelsteckung“ oder Absenkung der Klassenfrequenzen
223 (Beachtung des Parteitagsbeschlusses zur Absenkung auf
224 Klassenstärke 20 ab einem Anteil nichtdeutscher Her-
225 kunftssprache von 40 %).

226

227 Säule 2: Präventive Ansätze stärken

228 Angesichts der hohen Zahl einzelner Akte der Schulverweige-
229 rung scheint die Zahl der Schulversäumnisanzeigen überra-
230 schend niedrig (Beispiel Neukölln 2007: Grundschulen rund
231 280, Hauptschulen 150, Gesamtschulen 140). Grundsätzlich ist
232 es richtig, dass Lehrer und Schulleitungen zunächst versuchen,
233 das Problem auf ihrer Ebene zu lösen. Dennoch wird auch bei
234 Erfolglosigkeit dieses Ansatzes nicht immer die Unterstützung
235 der Schulaufsicht gesucht. Tatsache ist: Für die Schulen ist
236 wenig gewonnen, wenn der Kampf gegen Schulverweigerung
237 sich darauf beschränkt, schuldistanzierte, im Einzelfall auch
238

Schüler von der Lernmittel-Zuzahlung befreit. Das heißt,
dass nur eine verschwindend kleine Minder-heit in Haus-
halten aufwächst, in denen die Eltern- generation über ein
Erwerbs- einkommen ver- fütgt. Gleichzeitig gelingt es
Hauptschülern nur in seltenen Ausnahmen, von der
Schule direkt in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis
überzugehen - und das obwohl die IHK in ihrem Jahresber-
icht für 2007 bereits für eine Reihe von Branchen einen
Mangel an Auszubildenden prognostiziert.

Die Hauptschule, die von den meisten Eltern, Schülerin-
nen und Schülern als Durchgangsstation auf dem Weg zu
einem Dasein als Leistungsempfänger betrachtet wird,
hat weniger Möglic-keiten, Bildungs- und Leistungsbe-
reitschaft zu wecken und zu erhalten. Niemand kann sich
darüber wundern, dass gefährdete Jugendliche darauf
auch mit Verweigerung reagieren. Den- noch kommt es
(wenn auch in geringerem Umfang) auch an Realschulen
und Gymnasien zu Schulverweigerung.

5. Maßnahmen und Forderungen

Bildung und Ausbildung schaffen die wesentlichen Vor-
aussetzungen für gesellschaftliche Integration. Sie zu för-
dern ist daher Schwerpunkt der Politik der SPD, der Partei
der Emanzipation.

Integration ist nicht erzwingbar. Sie vollzieht sich im Rah-
men von Angeboten zu einem erstrebenswerten gesell-
schaftlichen Aufstieg. Hier hat die deutsche Gesellschaft
Immigrantinnen und Immigranten viel zu bieten. Repres-
sive Mittel haben in der Integrationspolitik geringe Be-
deutung. Wenn sie darauf hinauslaufen, Migrantinnen
und Migranten zu Menschen minderen Rechts zu machen,
verbieten sie sich.

Umgekehrt aber machen Angebote keinen Sinn, wenn sie
nicht angenommen werden. Hier definiert sich der Sinn
der Repression als ein Mittel, die Angebote zur gesell-
schaftlichen Integ-ration auch effektiv zu machen und die
Grenzen der Toleranz gegenüber Verweigerung zur ge-
sellschaftlichen Teilhabe aufzuzeigen.

Für Schule und Bildung gelten diese Prinzipien in beson-
derem Maße:

Die besten schulischen Angebote machen keinen Sinn,
wenn sie nicht wahrgenommen werden. Umgekehrt wird
die Pflicht zum Schulbesuch nur dann effektiv, wenn die
dort erworbenen und entwickelten Fertigkeiten und Fä-
higkeiten zum gesellschaftlichen Aufstieg taugen, also ein
Leben ohne materielle Not und in gesellschaftlicher Ach-
tung ermöglichen.

Deshalb fordern wir einerseits deutlich verbesserte Ange-
bote - aber auch Maßnahmen zur Durchsetzung der
Schulpflicht. Die im Interesse der Kinder und Jugendlichen
notwendige An- strengung soll als Landesprogramm defi-
niert und umgesetzt werden.

Die Fachausschüsse IV / Familien-, Kinder und Jugendpo-
litik, V / Stadt des Wissens - AG Schule und III / Inneres
werden aufgefordert, ein bildungspolitisches Konzept

Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

239 kriminalitätsgeneigte Jugendliche pünktlich einem Unterricht
240 zuzuführen, dem sie nicht folgen können und wollen.

241

242 Ein Haupthindernis für die Integration der Kinder und ihre re-
243 gelmäßige Teilnahme am Schulunterricht ist die fehlende Un-
244 terstützung durch die Eltern und deren mangelnde pädagogi-
245 sche Kompetenz. Vor allem bei migrantischen Familien muss
246 die Bereitschaft gefördert werden, die Bildung ihrer Kinder im
247 deutschen Schulsystem zu unterstützen. Der niederländische
248 Schriftsteller Geert Mak bezeichnet „die verschlossene Welt
249 der traditionellen, muslimischen Familie in der modernen euro-
250 päischen Stadt als den unzugänglichsten Erdteil, der existier-
251 t.“ Hier müssen strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen
252 werden um Separierungstendenzen und der Bildung von Paral-
253 lelgesellschaften entgegen zu wirken. Der Mangel an Sprach-
254 kenntnissen und der fehlende Zugang der Eltern zur Schule
255 führen dazu, dass sie das Schulverweigerungsverhalten ihrer
256 Kinder nicht überblicken oder aus Überforderung billigend hin-
257 nehmen.

258

259 Eltern müssen in ihrer Fähigkeit bestärkt werden, ihre Kinder in
260 der Schule zu unterstützen. Schulen müssen darin gestärkt
261 werden, Eltern mehr in die Pflicht nehmen zu können, wenn es
262 um die Durchsetzung des regelmäßigen Schulbesuchs ihrer
263 Kinder geht.

264

265 Gleichwohl ist der Effekt nicht zu unterschätzen, wenn es ge-
266 lingt, den Schulverweigerern die Vorbildfunktion zu nehmen.
267 Auch deshalb müssen gerade die besonders betroffenen Schu-
268 len im Umgang mit Schulverweigerern gestärkt werden. Wir
269 fordern:

270

- Schulstationen an allen Grundschulen,
- den Einsatz von besonders geschulten Pädagogen, die in gezielter Betreuung Schulverweigerer dabei unterstützen, wieder Anschluss an den Klassenverband zu finden,
- Zusammenarbeit mit freien Trägern, die durch aufsuchende Sozialarbeit Schüler zum Schulbesuch motivieren und die Bildungsbereitschaft der Familien stärken,
- eine in den Lehrplänen verankerte, affirmative Auseinandersetzung mit Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Ordnung, Fleiß, Pflichtbewusstsein und Gewissenhaftigkeit,
- in Zusammenarbeit mit der IHK und der Handwerkskammer die Entwicklung eines Betreuungskonzepts durch die Berliner Wirtschaft mit dem Ziel, die Ausbildungsfähigkeit und Vermittelbarkeit von Jugendlichen auf Hauptschulniveau zu erhöhen, und
- die modellhafte Einrichtung eines Internats für besonders schwierige Schülerinnen und Schüler.

287

288 Säule 3: Konsequenz im Umgang mit Schulverweigerung

289 Der Grundsatz, dass Kinder und Jugendliche zur Schule gehen
290 müssen, gilt für alle. Die Regel ist unabhängig vom kulturellen
291 Hintergrund der Familien leicht zu verstehen. Sie ist konse-
292 quent durchzusetzen. Wir fordern:

293

- ein besonderes Augenmerk auf die Durchsetzung der Schulpflicht in der Woche vor und nach Ferienbeginn und -ende (z.B. durch Kontrollen auf Flughäfen),
- die Pflicht zur Erstattung von Schulversäumnisanzeigen spätestens nach fünfmaligem Schwänzen im Halbjahr,
- den sofortigen Aufbau eines zentralen Schüler-Verzeichnisses, das es der Polizei ermöglicht, aufgegriffene Kinder

299

zum Umgang mit Jugendlichen aus bildungsfernen El-
ternhäusern **zu erarbeiten und zum nächsten Landespar-
teitag am 25.04.2009 vorzulegen.**

Im Einzelnen bedeutet dies:

Säule 1: Qualitätsoffensive

Die durch das neue Schulgesetz und den Aufbau von Ganztags-Grundschulen begonnene Qualitätsoffensive muss fortgesetzt und verstärkt werden. Wir fordern:

- die schnellstmögliche Einführung der Gemeinschaftsschule, wobei als erster Schritt die Hauptschule abzuschaffen ist,
- den Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen, beginnend in sozial besonders belasteten Stadtteilen,
- die Entwicklung von geeigneten Ganztags-Angeboten (auch in Zusammenarbeit mit freien Trägern) zur gezielten Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die zuhause keine geeignete Arbeitsumgebung finden,
- die Stärkung der Sozialraum-Orientierung der Schulen,
- Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern in zielgruppenorientierter Didaktik und im Umgang mit Schulverweigerern,
- mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in stark von Einwanderung geprägten Stadtteilen,
- Einführung von Elternkursen in der Schule mit dem Ziel, dass Eltern ihr Kind besser unterstützen, und
- die weitere Verbesserung der Betreuungssituation durch „Doppelsteckung“ oder Absenkung der Klassenfrequenzen (Beachtung des Parteitagsbeschlusses zur Absenkung auf Klassenstärke 20 ab einem Anteil nichtdeutscher Herkunftssprache von 40 %).

Säule 2: Präventive Ansätze stärken

Angesichts der hohen Zahl einzelner Akte der Schulverweigerung scheint die Zahl der Schulversäumnisanzeigen überraschend niedrig (Beispiel Neukölln 2007: Grundschulen rund 280, Hauptschulen 150, Gesamtschulen 140). Grundsätzlich ist es richtig, dass Lehrer und Schulleitungen zunächst versuchen, das Problem auf ihrer Ebene zu lösen. Dennoch wird auch bei Erfolglosigkeit dieses Ansatzes nicht immer die Unterstützung der Schulaufsicht gesucht. Tatsache ist: Für die Schulen ist wenig gewonnen, wenn der Kampf gegen Schulverweigerung sich darauf beschränkt, schuldistanzierte, im Einzelfall auch kriminalitätsgeneigte Jugendliche pünktlich einem Unterricht zuzuführen, dem sie nicht folgen können und wollen.

Ein Haupthindernis für die Integration der Kinder und ihre regelmäßige Teilnahme am Schulunterricht ist die fehlende Unterstützung durch die Eltern und deren mangelnde pädagogische Kompetenz.

Eltern müssen in ihrer Fähigkeit bestärkt werden, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen. Schulen müssen darin gestärkt werden, Eltern mehr in die Pflicht nehmen zu können, wenn es um die Durchsetzung des regelmäßigen Schulbesuchs ihrer Kinder geht.

Gleichwohl ist der Effekt nicht zu unterschätzen, wenn es gelingt, den Schulverweigerern die Vorbildfunktion zu

Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

- 300 und Jugendliche unverzüglich ihrer Schule zuzuordnen,
301 • die Unterrichtung der Jugendhilfe über jede Schulver-
302 säumnisanzeige,
303 die Einleitung amtlicher Ermittlungsvorgänge und ggf.
304 Anrufung des Familiengerichts wegen Kindeswohlgefähr-
305 dung, sobald dem Jugendamt zwei Schulversäumnisanzei-
306 gen bekannt geworden sind,
307 • die Regelüberprüfung nicht strafmündiger Straftäter, ob
308 sie auch als Schulverweigerer auffällig geworden sind. In
309 diesen Fällen ist stets gegen die Familien wegen Kindes-
310 wohlgefährdung vorzugehen,
311 • lösungsorientierte, enge Abstimmung zwischen den für
312 Jugendliche und Kinder zuständigen Behörden (ggf. auch
313 Polizei, Ausländerbehörde, Gerichte und Jobcenter),
314 • Weiterbildung für Jugendamtsmitarbeiter, damit sie dem
315 staatlichen Wächteramt vor Gericht effektiv Geltung ver-
316 schaffen können, und
317 • den familiengerichtlichen Entzug des Sorgerechts, wenn
318 Kinder durch Schulverweigerung und Straftaten gefährdet
319 sind, in den Schwellen- und Intensivtäterbereich abzurufen.
320

321
322 Uns ist bewusst, dass ein solches Landesprogramm erhebliche
323 zusätzliche Mittel beansprucht, auch im Bereich der Jugendhil-
324 fe. Wir sind jedoch überzeugt, dass es mittel- und langfristig
325 nicht nur im Sinne des sozialdemokratischen Bildes einer Ge-
326 sellschaft von selbstbestimmten und solidarischen Bürgerin-
327 nen und Bürgern gerechtfertigt ist. Durch die Verbesserung der
328 Lebens- und Berufschancen der betroffenen Kinder und Ju-
329 gendlichen wird es sich sogar volks- und hauswirtschaftlich
330 bewähren. Denn auf lange Sicht ist nichts so teuer wie ein
331 nicht in die Gesellschaft integrierter Mensch.

332 333 **6. Rahmenbedingungen verbessern / Familienförderung re-** 334 **formieren**

335 Die Anstrengungen eines einzelnen Bundeslandes bei der so-
336 zialen Integration sind zum Scheitern verurteilt, solange der
337 bundesrechtliche Rahmen einer emanzipatorischen, vorsor-
338 genden Sozialstaatspolitik im Wege steht. Deutschland ist das
339 Land in Europa, das am meisten Geld in die Kinder- und Famili-
340 enförderung investiert. Umfassender Erfolg bei der Integration
341 von Kindern und Jugendlichen und bei der Vermeidung von
342 Kinderarmut bleibt jedoch aus. Schlimmer noch: Gerade in
343 Deutschland sind Herkunft und familiärer Hintergrund heute
344 in höherem Maße entscheidend für die Lebenschancen eines
345 Kindes als noch vor dreißig Jahren.

346
347 Die konservative Forderung nach einer Erhöhung und stärkeren
348 Staffelung des Kindergeldes birgt die Gefahr, dass die Miss-
349 stände sich verschlimmern. Der internationale Vergleich zeigt,
350 dass Deutschland nicht zu wenig Geld in Kinder und Familien
351 investiert, sondern dass es seine finanziellen Anstrengungen
352 durch Fehlsteuerung versanden lässt. Es ist nicht nur widersin-
353 nig, sondern sogar schädlich, dort Kindergeld zu zahlen, wo es
354 Kindern erkennbar in keiner Weise zugute kommt.

355
356 Voraussetzung für einen effektiven Mitteleinsatz ist nicht die
357 Erhöhung der Individualförderung, sondern ein radikaler Para-
358 digmenwechsel weg von der Individualförderung und hin zur
359 institutionellen Förderung. Auch das Beispiel Berlins, wo ge-
360 grade die einkommensschwächsten, in hohem Maße von Trans-

nehmen. Auch deshalb müssen gerade die besonders be-
troffenen Schulen im Umgang mit Schulverweigerern ge-
stärkt werden. Wir fordern:

- Schulstationen an allen Grundschulen,
- den Einsatz von besonders geschulten Pädagogen, die in gezielter Betreuung Schulverwei-gerer dabei unterstüt-zen, wieder Anschluss an den Klassenverband zu finden,
- Zusammenarbeit mit freien Trägern, die durch aufsu-chende Sozialarbeit Schüler zum Schul-besuch motivieren und die Bildungsbereitschaft der Familien stärken,
- eine affirmative Auseinandersetzung mit Sekundärtü-genden wie Pünktlichkeit, Ordnung, Fleiß, Pflichtbe-wusstsein und Gewissenhaftigkeit,
- in Zusammenarbeit mit der IHK und der Handwerks-kammer die Entwicklung eines Betreu-ungskonzepts durch die Berliner Wirtschaft mit dem Ziel, die Ausbil-dungsfähigkeit und Vermittelbarkeit von Jugendlichen auf Hauptschulniveau zu erhöhen, und
- die modellhafte Einrichtung eines Internats als zusätzli-ches Angebot für besonders hilfsbe-dürftige Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern zu prüfen.

Säule 3: Konsequenz im Umgang mit Schulverweigerung

Der Grundsatz, dass Kinder und Jugendliche zur Schule gehen müssen, gilt für alle. Die Regel ist unabhängig vom kulturellen Hintergrund der Familien leicht zu verstehen. Sie ist konsequent durchzusetzen.

Uns ist bewusst, dass ein solches Landesprogramm erhebliche zusätzliche Mittel beansprucht, auch im Bereich der Jugendhilfe. Wir sind jedoch überzeugt, dass es mittel- und langfristig nicht nur im Sinne des sozialdemokratischen Bildes einer Gesellschaft von selbstbestimmten und solidarischen Bürgerinnen und Bürgern gerechtfertigt ist. Durch die Verbesserung der Lebens- und Berufschancen der betroffenen Kinder und Jugendlichen wird es sich sogar volks- und hauswirtschaftlich bewähren. Denn auf lange Sicht ist nichts so teuer wie ein nicht in die Gesellschaft integrierter Mensch.

6. Rahmenbedingungen verbessern / Familienförderung reformieren

Die Anstrengungen eines einzelnen Bundeslandes bei der sozialen Integration sind zum Scheitern verurteilt, solange der bundesrechtliche Rahmen einer emanzipatorischen, vorsorgenden Sozialstaatspolitik im Wege steht. Deutschland ist das Land in Europa, das am meisten Geld in die Kinder- und Familienförderung investiert. Umfassender Erfolg bei der Integration von Kin-dern und Ju-gendlichen und bei der Vermeidung von Kinderarmut bleibt jedoch aus. Schlimmer noch: Gerade in Deutschland sind Herkunft und familiärer Hintergrund heute in höhe-rem Ma-ße entscheidend für die Lebenschancen eines Kindes als noch vor dreißig Jahren.

Die konservative Forderung nach einer Erhöhung und stärkeren Staffelung des Kindergeldes birgt die Gefahr, dass die Missstände sich verschlimmern. Der internatio-nale Vergleich zeigt, dass Deutschland nicht zu wenig Geld in Kinder und Familien investiert, sondern dass es seine finanziellen Anstrengungen durch Fehlsteuerung

Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

361 ferleistungen abhängigen Schichten die meisten Kinder be-
362 kommen, zeigt: Deutschlands Kinder brauchen nicht mehr Kin-
363 dergeld. Sie brauchen bessere Bildungseinrichtungen und pro-
364 fessionelle Betreuung, wo Eltern und Familien versagen.

365

366 Wir fordern deshalb:

- 367 • auf jede Erhöhung des Kindergeldes und eine stärkere
368 Staffelung zugunsten des dritten, des vierten
369 oder weiterer Kinder zu verzichten. Perspektivisch ist im
370 Sinne der Empfehlungen der OECD eine Umsteuerung
371 durch Abbau des Kindergeldes und Ausbau kostenloser
372 Bildungs- und Betreuungsangebote von Kindergarten,
373 Schule, Berufsschule und Hochschule anzustreben.
- 374 • das Kindergeld als Familien individuell fördernde Leistung
375 zumindest im Bereich der Schulpflicht von der Erfüllung
376 der elterlichen Fürsorgepflichten abhängig zu machen,
377 nach dem Grundsatz: Kommt das Kind nicht in die Schule,
378 dann kommt das Kindergeld nicht aufs Konto. In diesem
379 Zusammenhang muss über weitere Sanktionsmodelle (z.B.
380 Führerscheinentzug) nachgedacht werden.
- 381 • ggf. abhängig von amtsärztlich festgestellten Entwick-
382 lungsdefiziten eine Vorschulpflicht ab dem vollendeten
383 dritten Lebensjahr einzuführen.

versanden lässt. Es ist nicht nur widersinnig, sondern
sogar schädlich, dort Kindergeld zu zahlen, wo es Kindern
erkennbar in keiner Weise zugute kommt.

Voraussetzung für einen effektiven Mitteleinsatz ist nicht
die Erhöhung der Individualförder-ung, sondern ein radi-
kaler Paradigmenwechsel weg von der Individualförde-
rung und hin zur institutionellen Förderung. Auch das
Beispiel Berlins, wo gerade die einkommensschwächsten,
in hohem Maße von Transferleistungen abhängigen
Schichten die meisten Kinder bekommen, zeigt: Deutsch-
lands Kinder brauchen nicht mehr Kindergeld. Sie brau-
chen bessere Bildungsein-richtungen und professionelle
Betreuung, wo Eltern und Familien versagen.

Wir fordern deshalb:

- auf jede Erhöhung des Kindergeldes und eine stärkere
Staffelung zugunsten des dritten, des vierten
- oder weiterer Kinder zu verzichten. Perspektivisch ist im
Sinne der Empfehlungen der OECD eine Umsteuerung
durch Abbau des Kindergeldes und Ausbau kostenloser
Bildungs- und Betreuungsangebote von Kindergarten,
Schule, Berufsschule und Hochschule anzustreben.
- ggf. abhängig von amtsärztlich festgestellten Entwick-
lungsdefiziten eine Vorschulpflicht ab dem vollendeten
dritten Lebensjahr einzuführen.

Folgende Antragsteile wurden aus dem Beschlusstext
herausgelöst und an die Fachausschüsse IV Familien-,
Kinder und Jugendpolitik, V / Stadt des Wissens - AG
Schule und III I Inneres **mit Berichtspflicht für den LPT am
25.04.2009 überwiesen:**

Wir fordern:

- ein besonderes Augenmerk auf die Durchsetzung der
Schulpflicht in der Woche vor und nach Ferienbeginn und
-ende (z.B. durch Kontrollen auf Flughäfen),
- die Pflicht zur Erstattung von Schulversäumnisanzeigen
spätestens nach fünfmaligem Schwänzen im Halbjahr,
- den sofortigen Aufbau eines zentralen Schüler-Ver-
zeichnisses, das es ermöglicht, aufgegrif-fene Kinder und
Jugendliche unverzüglich ihrer Schule zuzuordnen,
- die Unterrichtung der Jugendhilfe über jede Schulver-
säumnisanzeige,
- die Einleitung amtlicher Ermittlungsvorgänge und ggf.
Anrufung des Familiengerichts we-gen Kindeswohlge-
fährdung, sobald dem Jugendamt zwei Schulversäumnis-
anzeigen be-kannt geworden sind,
- die Regelüberprüfung nicht strafmündiger Straftäter, ob
sie auch als Schulverweigerer auf-fällig geworden sind. In
diesen Fällen ist stets gegen die Familien wegen Kindes-
wohlgefähr-dung vorzugehen,
- lösungsorientierte, enge Abstimmung zwischen den für
Jugendliche und Kinder zuständigen Behörden (ggf. auch
Polizei, Ausländerbehörde, Gerichte und Jobcenter),
- Weiterbildung für Jugendamtsmitarbeiter, damit sie
dem staatlichen Wächteramt vor Gericht effektiv Geltung
verschaffen können, und
- den familiengerichtlichen Entzug des Sorgerechts, wenn
Kinder durch Schulverweigerung und Straftaten gefähr-

Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

det sind, in den Schwellen- und Intensivtäterbereich ab